



Berlin, 16.02.2024

Offener Brief zur Bundestagswahl 2025

10 Forderungen für die soziale und ökologische Bauwende

An die Mitglieder des Deutschen Bundestages,

Deutschland hat sich als Teil der Europäischen Union zu einem Transformationspfad auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 verpflichtet. Die grundlegende Transformation des Gebäudesektors mit derzeit ca. 40% THG-Anteil[1] und 92% der Entnahmen von mineralischen Rohstoffen[2], 55% des Abfallaufkommens[3] und weiteren Umweltauswirkungen ist der wichtigste Hebel für die Erreichung dieses Ziels. Die neue Legislaturperiode des Bundestages endet 2029. Der nächste Bundestag und die nächste Bundesregierung müssen folglich die Erreichung der Klimaziele 2030 und aufgrund der langen Planungs-läufe auch die für 2045 sicherstellen.

Doch im europäischen Vergleich droht Deutschland bei der konkreten Umsetzung von einem Vorreiter zu einem Schlusslicht zu werden. Der Gebäudesektor verfehlt das Sektorenziel deutlich[4] und droht das europäische Ziel der Klimaneutralität unmöglich zu machen. Anstatt konsequent nach praktischen Lösungen zu suchen, übertreffen sich die Parteien bei der Findung von Gründen für Aufschub und Vertagung. Dabei sind Preisanstieg, Mietsteigerung oder fehlende Wettbewerbsfähigkeit gerade in der momentanen Dysfunktionalität einer ineffektiven, umweltschädlichen und sozial-polarisierenden Bauwirtschaft begründet, die es durch eine sozial-ökologische Bauwende zu transformieren gilt. Bisherige Politikansätze griffen zu kurz und haben es nicht geschafft, die neuen Rahmenbedingungen für eine sozial- und ökologisch gerechte gebaute Umwelt, für Mieter*innen, Bauherr*innen verlässlich und klar zu definieren. Doch Länder wie Dänemark, die Niederlande oder Frankreich haben schon konkrete nationale Dekarbonisierungsstrategien auf den Weg gebracht und zeigen, dass die Bauwende als ein integrierendes, gesamtgesellschaftliches Projekt gedacht und mit wirtschaftlichen und sozialen Gewinnen umgesetzt werden kann.

Als Hochschullehrende stellen wir uns unserer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und sind bereit, die Bauwende mit wissenschaftlich gestützten konstruktiven Argumenten und Lösungsvorschlägen zu unterstützen.

Wir fordern anhand folgender Maßnahmen den neuen Bundestag die neue Bundesregierung auf, den Weg zu einer klima- und ressourcengerechten Transformation im Bauen als Priorität in das Regierungsprogramm aufzunehmen und zu einer Versachlichung der Debatte zurückzukehren, um die gesetzlichen Klimaziele 2030 und 2045 zu erreichen.

Die Zeit zum Handeln ist jetzt!

Bekennen Sie sich zu den Forderungen aus der Wissenschaft!

Sprechen Sie uns an und greifen Sie auf unsere Expertise zurück!

Mit freundlichen Grüßen
die Initiative **Hochschulnetzwerk Gemeinsam für die Bauwende**

1. BEDARFSGERECHT SOZIALVERTRÄGLICH UND FLÄCHENEFFIZIENT BAUEN

| UMBAU VOR NEUBAU Die Reduktion der Flächenbedarfe, die intelligente Nachverdichtung und der Umbau leerstehender Büro- und Gewerbeimmobilien ermöglichen den klimaschädlichen Neubau auf der grünen Wiese zu reduzieren und so das Klima zu schützen.

Der reale Bedarf an Neubau kann über das konsequente Hinterfragen und Reduzieren von Bedarfen sowie durch Um- und Weiternutzung von Bestandsbauten massiv reduziert werden. Dies gilt sowohl für den Wohn- als auch den Gewerbebereich. Der in Ballungszentren entstandene Druck kann durch die konsequente Erschließung unterschiedlichster Leerstände abgebaut werden. Dies sind z.B. die Umnutzung leerstehender Büro- und Gewerbeimmobilien, die Nutzung unsichtbarer Leerstände[5] z.B. im Einfamilienhausbereich oder die Verhinderung von touristischen oder Kurzzeit-Vermietungen sowie von Mehrfachwohnsitzen. Gleichzeitig brauchen wir für ein "Leben in planetaren Grenzen" eine Anreizpolitik für eine langfristige Reduktion der Wohnflächen von aktuell durchschnittlich knapp 50 Quadratmetern pro Person auf ca. 40 Quadratmetern pro Person[6]. Damit das sozialverträglich gelingen kann braucht es zudem eine Mietrechtsreform, die bezahlbare Mieten und eine faire gesellschaftliche Verteilung von Kosten und Lasten energetischer Transformation des Wohnungsbestandes gewährleistet.

Bei einer, wie prognostiziert, nicht wachsenden Bevölkerung ergäbe dies 2045 einen theoretischen Leerstand, bzw. Neuverteilungspotenzial von 20% unserer Wohnflächen. Auch im Bereich der Büro- und Gewerbebauten kann durch bessere Ausnutzung des Bestandes Neubaubedarf signifikant reduziert werden. Viele öffentliche Verwaltungen haben bereits begonnen den Flächenansatz für ihre Mitarbeiter*innen zu reduzieren. So reduziert das Land Berlin z.B. die Nutzflächen an Hochschulen um bis zu 30%, viele öffentliche Verwaltungen verfolgen bundesweit ähnliche Ansätze. Umbau, Nachverdichtungen und Aufstockungen sollten gegenüber dem klima- und umweltschädlichen, oft sozial nicht angebundenen Neubau priorisiert werden.

2. ABRISSMORATORIUM[7] | TRANSFORMATION DES GEBÄUDEBESTANDES

Reform des Planungs- und Genehmigungsrechts im Sinne einer Umbauordnung mit Bezug zur Transformation von Bestandsgebäuden und der Verhinderung von Abriss. Umlenkung der finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen in den Bestand.

Der größte Hebel für die Reduktion von Treibhausgasemissionen liegt im Erhalt und in der Sanierung des Gebäudebestandes, denn nur 8% unserer Gebäude werden bis 2030 Neubauten[8] sein. Der Bestand muss an aktuelle Nutzungs- und Lebensformen angepasst, also ganzheitlich transformiert und nicht nur energetisch optimiert werden. Aktuell liegt die Sanierungsquote des Bestandes knapp unter einem Prozent. Zur Erreichung der Klimaziele 2045 ist jedoch eine Sanierungsquote von ca. 4% notwendig[8]. Die begrenzt zur Verfügung stehenden finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen sollten vom Neubau in den Bestand umgelenkt und erhöht werden. Gleichzeitig muss sich ein auskömmlicher Sanierungsstandard etablieren (siehe 4.). Dabei müssen die aktuellen baurechtlichen Anforderungen, die an ein Bestandsgebäude gestellt werden, auf ein sinnvolles Maß abgesenkt werden. Dies bedeutet, dass der Bestandsschutz gewahrt werden muss, um Umbau und Sanierung zu vereinfachen und die heutige Praxis von Abriss und Ersatzneubauten zu vermeiden.

3. HINTERFRAGEN VON STANDARDS | LOWTECH BAUEN

Bestehende Standards sollten im Sinne einer Transformation und Reduktion hinterfragt und Bürokratie abgebaut werden, um Baukosten und Ressourceneinsatz zu senken und ein LowTech Bauen zu fördern.

Allgemein anerkannte Regeln der Technik, die in technischen Vorschriften, DIN-Normen oder durch mehrfach gutachterliche Bestätigung, geltende Standards definieren, spiegeln oftmals das technisch Mögliche wider und dienen nicht der Etablierung eines Mindeststandards, welcher der wesentlichen Aufgabe eines Gebäudes entspricht. Sie bilden vielmehr die Basis fossilen Bauens, linear und konsumorientiert ausgerichtet. Gleichwohl diesen Vorschriften und Standards ein empfehlender Charakter zugrunde liegt, bestimmen sie aufgrund der gesamtschuldnerischen Haftung das Bauwesen. Abweichungen z.B. im Schallschutz reduzieren Ressourcen und Kosten[9]. Änderungen im Privatrecht entsprechend den ersten Ansätzen zur Verankerung des Gebäudetyp-e[10] im BGB, müssen weiterentwickelt werden, um die Übernahme von Verantwortung zu erleichtern. Für Vereinfachungen und Ressourcenschonung ist der Bestandschutz im Bauordnungsrecht zu verankern, damit die Standards der jeweiligen Errichtungsphase auch nach Sanierung gelten. Gesetze und Regularien im Bauwesen sind grundsätzlich auf den Bestandsumbau auszurichten und dürfen nicht weiter aus Neubaustandards abgeleitet werden.

Energetischen Sanierungen ebenso wie Neubauten sind durch Vorgaben stark technikzentriert und haben zu einem massiven Einsatz von Lüftungs- und Elektrotechnik (MSR) mitgeführt. Aktuelle Zahlen zur Steigerung der Energieeffizienz des Umweltbundesamtes zeigen, dass die geplanten Einsparungen in Deutschland sowie die energetischen Verbräuche der einzelnen Gebäude, trotz und durch die erhöhte Komplexität von Konstruktionen und Gebäudetechnik, verfehlt werden. Baukostensteigerungen der letzten zwei Jahrzehnte sind im Bereich der Baukonstruktion der Fassaden sowie maßgeblich in der Gebäudetechnik zu verbuchen. Der deutlich höhere Anteil an der Verteuerung in Investition führt zu Steigerungen im Betrieb durch Wartungs- und Instandhaltungskosten v.a. durch Gebäudetechnik[11]. Diese Kosten sind für öffentliche Einrichtungen und im Mietsektor eine große, langfristige Belastung.

Essentiell für die Vereinfachung, ist die Reduzierung des Glasanteils in den Fassaden. Minimierte Gebäudelastgänge im Winter und v.a. im Sommer das Maß an Technik für das Raumklima und ermöglichen den Einsatzbereich erneuerbarer Energien. Über entsprechende Grundrissplanung, eigenverantwortliches Lüftungsverhalten der Nutzenden sowie der Raumproportionen kann weitestgehend auf Lüftungstechnik verzichtet werden[12]. Minimierte Lastgänge sowie natürliche Lüftungsstrategien ermöglichen die Erhöhung der effektiven Wirkung klimasteuernder Bauprodukte wie Lehm, Holz und Naturfasern[13].

4. ANGEMESSENE SANIERUNGEN IM BESTAND | CO2 BILANZIERUNG IM GEG

Sanierungen im Bestand sollten auf einen angemessenen Standard und nicht auf Klimaneutralität im Betrieb oder Plusenergiegebäude ausgerichtet werden. Die ganzheitliche CO2-Bilanzierung sollte ins GEG aufgenommen werden. Aktuelle Vorgaben des GEG und der KfW-Förderungen sehen noch eine maximale Reduktion der Klimagasemissionen für die Betriebsphase im Rahmen der Sanierung des Gebäudebestandes vor. Dies führt zu sehr hohen Aufwendungen an der Gebäudehülle und der technischen Ausstattung. Bei Anwendung dieser Ziele auf den gesamten Gebäudebestand würden dafür die zur Verfügung stehenden finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen bei weitem nicht ausreichen. Eine erste verpflichtende Sanierungsstufe sollte daher das Wärmepumpen ready sein, also geringfügige Maßnahmen, die den kurzfristigen Einsatz von Wärmepumpen ermöglichen. Wärmepumpen sind die

Offener Brief zur Bundestagswahl 2025

10 Forderungen für die soziale und ökologische Bauwende

klimafreundliche Standard-Technologie für die überwiegende Zahl an Gebäuden, die nicht an Fernwärmenetzen angeschlossen sind. Mit dem Mehr an Wärmepumpen werden fossile Energieträger wie Gas und Öl aus dem Markt genommen. Um den Strombedarf nicht zu hoch anwachsen zu lassen und baukonstruktiven Problemen der Bestandsgebäude vorzubeugen, ist in einem zweiten Schritt eine angemessene energetische Ertüchtigung der Gebäudehülle notwendig. Um auch hier fossilfrei zu werden, sollten dafür vorrangig nachwachsende, lokale Dämmstoffe verwendet werden. Um eine technische Überforderung der elektrischen Infrastruktur und eine wirtschaftliche Überforderung der Mieter*innen zu vermeiden, muss der Einsatz elektrischer Direktheizungen vermieden werden.

Die europäische "Energy Performance of Buildings Directive" (EPBD) fordert einen Nachweis der THG-Emissionen. In der nationalen Umsetzung muss das GEG - neben Anforderungen an den Primärenergiebedarf - Grenzwerte für THG-Emissionen festlegen. Damit würde man den bereits «abgeschriebenen» grauen Emissionen des Bestands in der Sanierung Rechnung tragen. Hierfür sind dann sowohl die Errichtung als auch der Betrieb zu verrechnen. Damit würde ein Instrument zur Verfügung stehen, das (neben den Effizienzhausstandards) eine weitere Fördersäule zulässt, so dass Bauen im Bestand attraktiver werden würde. Dieses Instrument würde es ebenfalls ermöglichen, dass neu zu errichtende Nichtwohngebäude erhöhte graue Emissionen, z.B. aus Tiefgaragengeschossen, über den Betrieb – beispielsweise durch ein hohes Maß an Photovoltaik (Dach, Fassade, Parkplatzüberdachungen, etc.) auf Quartiersebene - ausgleichen kann. Damit entstünde eine große Technologieoffenheit.

5. KREISLAUFGERECHTIGKEIT | REGIONALE BIO-BAUÖKONOMIE

Überführung der Bauwirtschaft in eine Kreislaufbauwirtschaft die auf vermeidbare Abfälle verzichtet, den verbleibenden Materialbedarf mit nachwachsenden Rohstoffen deckt und die Kopplung von Agrarwende und Bauwende schafft. Um die Inanspruchnahme von, vor allem mineralischen und CO₂-intensiven, Rohstoffen um mindestens 60% zu senken[6], ist der Wechsel in eine Kreislauf-Bauwirtschaft von grundlegender Bedeutung. Die erste Ebene der Kreislaufbauwirtschaft ist das Hinterfragen von Bedarfen und damit die Reduktion des klimaschädlichen Neubaus, wie im 1. Punkt beschrieben. Ebenso ist, wie in den Punkten 3. und 4. dargestellt, der Energiebedarf mit angemessenen Mitteln abzusenken und aus erneuerbaren Quellen zu speisen. Der wichtigste Pfad der Wiederverwendung betrifft ganze Gebäude, die nicht mehr abgebrochen, sondern transformiert und weiter in Nutzung gehalten werden. So wird der größte Teil an Abfall und Neu-Bedarf an Primärrohstoffen vermieden. Flexible, meist skelettartige Strukturen ermöglichen eine flexible Nachnutzung und Anpassung an sich wandelnde Anforderungen an Gebäude. Reversible Konstruktionen ermöglichen eine Wiederverwendung von Bauelementen und Bauprodukten ohne stoffliche Verluste und schließen den Kreislauf der Baukonstruktionen. Die prognostizierte Lebensdauer von Gebäuden müssen verbindlich hoch gesetzt und entsprechend bilanziert werden. Im Rahmen der Transformation benötigte Materialien und Bauelemente sollten so weit wie möglich aus nicht zu vermeidendem Rückbau oder nachwachsenden Rohstoffen gedeckt werden. Hierzu ist der sortenreine Rückbau und die Vermeidung von Baumischabfällen notwendig. Auch eine Anrechnung eines fairen CO₂-Preises auf den Lebenszyklus eines Gebäudes könnte hier zur Reduktion von unnötigem Abriss führen. Bedarfe, die nicht aus vorhandenen Ressourcen zu decken sind, sollten zukünftig so weit wie möglich aus nachwachsenden Rohstoffen wie Holz und Naturfasern gedeckt werden. Auf diesem Wege wird die Agrar- mit der Bauwende verknüpft und es entstehen über die Nutzungsdauer CO₂-Speicher. Gebäudesanierungen mit vorgehängten, ggf. vofabrizierten, seriellen Fassadenelementen aus Holz und Naturfasern,

Offener Brief zur Bundestagswahl 2025

10 Forderungen für die soziale und ökologische Bauwende

können in der Klimabilanz zu einer klimaneutralen Errichtung und einem sehr reduzierten Einsatz von Ressourcen führen. Regionale, nachwachsende Baustoffe sollten, bspw. durch eine Mehrwertsteuersenkung, im Markt gegenüber den konventionellen, klimaschädlichen Baustoffen gestärkt werden. Sie sind Basis einer regionalen Wertschöpfung und stärken Handwerk und Mittelstand.

6. DURCHMISCHTE QUARTIERE | HYBRID NUTZBARE GEBÄUDE

Anpassung des Bauplanungsrechtes auf sich dynamisch ändernde Nutzungsanforderungen, Förderung gemischter Quartiere im Bestand, um z.B. die hybride Umnutzung von Gewerbebauten zu ermöglichen. Durchmischte, hybrid nutzbare Quartiere und Gebäude können Ressourcen vernetzen, flexibel auf sich wandelnde Anforderungen reagieren und ermöglichen eine Stadt der kurzen Wege. Aktuell sind gemischte Quartiere und die Transformation von bestehenden Nutzungsvorgaben nur in langfristigen Prozessen zu ändern. Um bestehende Gewerbebauten, Büros und Handelsflächen auch für das Wohnen zu nutzen sollte ein kurzfristig wirksames Bauplanungsrecht entstehen. Die Nachverdichtung und Aufstockung in bestehenden Nachbarschaften ist sowohl aus ökologischer Sicht als auch aus sozialen Gründen der Erschließung von Neubaugebieten vorzuziehen, da dann in der Regel vorhandene technische, wie kulturelle oder medizinische Infrastrukturen weiter genutzt und ausgebaut werden können. Über Mischnutzungen in Quartieren können Verkehrswege der Menschen und die zugehörigen Infrastrukturen reduziert werden. Auf Ebene des Städtebaus sollte die Verkehrswende und durch die Reduktion des Individualverkehrs freiwerdenden Flächen sowie die Maßnahmen zur Klimaanpassung und Entsiegelung der Stadt mitgedacht werden.

7. KLIMARESILIENZ | BIODIVERSITÄT

Zur Anpassung an den Klimawandel und der Reduktion der Folgen des Klimawandels auf Städte und Gebäude sind umfassende Maßnahmen zur Entsiegelung, Begrünung und zur Förderung der Biodiversität notwendig. Begrünungen an und auf Gebäuden und die Entsiegelung von z.B. Verkehrs- und Parkplatzflächen unter Beachtung der Mobilitätswende und damit einhergehenden Reduktion des Individualverkehrs ermöglichen die klimasteuernde Schwammstadt, die sowohl den steigenden Temperaturen als auch bei Starkregenereignissen in Siedlungsräumen regulativ positiv wirkt.

Maßnahmen zur Biodiversität an Bestands- und Neubauten bieten diversen Arten in Siedlungsräumen Habitate, die ihnen auf intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen nicht zur Verfügung stehen. Bauliche Anlagen müssen nach Vorgaben des Naturschutzes geplant werden und u.a. dem massiven Vogelschlag an Glasfassaden vorbeugen. Vogel- und Insektenschutz sind im Rahmen der Bauleitplanung zu berücksichtigen.

8. SPRUNGINNOVATION | REALLABORE UND TRANSFERFORSCHUNG

Reallabore ermöglichen unter Beteiligung von Forschungseinrichtungen Sprunginnovationen in der Praxis, erhöhen die Geschwindigkeit der Transformation und vernetzen sich mit unterschiedlichsten Akteur*innen. Der immense Transformationsbedarf des Bausektors ist nur durch eine großangelegte, anwendungsorientierte Forschungsinitiative zu lösen. Herkömmliche, lineare und disziplinär fragmentierte Forschungsformate sind dafür nicht geeignet. Um Hochschulen in die Lage zu versetzen, als effektive Partner*innen die Bauwende zu unterstützen, sind inter- und transdisziplinäre Forschungsverbünde erfor-

Offener Brief zur Bundestagswahl 2025

10 Forderungen für die soziale und ökologische Bauwende

derlich, die Praxis und Wissenschaft eng miteinander verflechten. Ein Beispiel hierfür sind Reallabore für die Entwicklung, Erprobung und Skalierung von Sprunginnovationen. Über transdisziplinäre Ansätze vernetzen sie das Wissen aller Akteur*innen aus Wissenschaft, Architektur und Ingenieurwesen, Kommunen, Industrie, Handwerk, etc. und ermöglichen den Wandel frühzeitig in Praxis und Gesellschaft zu verankern. Wenn 10% aller Baumaßnahmen als progressive Reallabore bis zu 20% mehr Budget erhalten, erhöhen sich die Baukosten im Mittel um 2% und es entsteht eine Welle der Veränderung. Dies sollte für öffentliche Bauvorhaben verbindlich vereinbart werden und auch auf größere privatwirtschaftliche Projekte – vor allem auf eine Transformation von Bestandsquartieren – übertragen werden.

9. WERTSCHÖPFUNG BAUWENDE | BILDUNGSOFFENSIVE BAUSCHAFFENDE

Die entschlossene Transformation der Bauwirtschaft schafft neue, nicht klimaschädigende Wertschöpfung und spannende neue Berufsfelder. Bildung und Weiterbildung sollten gestärkt werden um die Transformation zu ermöglichen. Die konsequente Förderung der Transformation schafft neue Wertschöpfungsmodelle und spannende Arbeitsplätze in der sich wandelnden Bauwirtschaft. Über massive Investitionen in die Transformation des Gebäudebestandes entstehen für Handwerk, Mittelstand, Industrie und Planungsberufe neue Wertschöpfungsmodelle und attraktive Tätigkeitsfelder. So richten z.B. Ziegeleien und Kalksandsteinwerke aktuell ihre Werke in Richtung von Lehmbauprodukten aus und schaffen sich so neue Märkte und tragen massiv zur Transformation bei.

Zur Entwicklung neuer beruflicher Qualifikationen in allen Bereichen der Wertschöpfung sind Änderungen in der universitären Lehre und Berufsausbildung in Handwerk und Industrie notwendig. Insbesondere der Umschulung und Weiterbildung kommt im Sinne eines lebenslangen Lernens eine besondere Bedeutung zu, um Menschen aus anderen Berufsfeldern und der Migration Zugang zum Arbeitsmarkt der Bauwende zu gewähren. Gerade das Handwerk, aber auch Hochschulen sind Vorbild der Integration in Zeiten unsachlicher Äußerungen zu Fragen der Migration und der Aufnahme von Geflüchteten.

10. FORSCHUNGSFÖRDERUNG | VERNETZUNG BAUWENDE IN DEN MINISTERIEN

Die Bauwende und die Transformation der Bauwirtschaft erfordern eine signifikante Erhöhung der Forschungsbudgets und die Förderung von anwendungsorientierten Forschungsverbänden und von Reallaboren. In den letzten Jahrzehnten wurden durchaus erfolgreich große Mengen an Fördergeldern in die Forschung zur Energieeinsparung, sowie der Energieinfrastruktur investiert. Eine ganzheitliche Transformation des Gebäudebestandes, bzw. Themen wie die stofflichen Fragen – insbesondere zur Kreislauf(bau)wirtschaft und dem Einsatz von Naturbaustoffen als CO₂-Senke – wurden allerdings nur sehr begrenzt erforscht. Neue Produkte aus einer sich wandelnden Landwirtschaft bieten ein sehr großes Substitutionspotential von fossilen Bauprodukten. Der Forschung zur Bauwende muss sowohl in der Laborforschung (z.B. Zukunft Bau Programm) als auch in der Transferforschung signifikant mehr Fördermittel zur Verfügung gestellt werden. Dies wird einen wesentlichen Schub für die notwendige Transformation des Gebäudesektors und der Bauwirtschaft mit sich bringen.

Für eine Weiterentwicklung der Regulatorik und die Koordination der Vorgaben für die Bauförderung sollten die Themenblöcke "Alt- und Neubau" in einem Ministerium gemeinsam organisiert werden. Aufgrund der hohen Herausforderungen des Bauwesens sollten die Kompetenzen des Bauministeriums weiter ausgebaut werden und von dem Ministerium ausgehend eine koordinierende Rolle in Richtung des Wirt-

Offener Brief zur Bundestagswahl 2025

10 Forderungen für die soziale und ökologische Bauwende

schafts- und Klima- sowie Umweltministeriums etabliert werden. Unterschiedliche Forschungs- und Förderprogramme unterschiedlicher Ministerien sollten über eine zentrale Koordinationsstelle besser vernetzt und zielgerichteter weiterentwickelt werden. Hierzu ist ein wissenschaftlicher Beirat zu empfehlen, der die Verteilung der Mittel gemeinsam mit den Ministerien verhandelt.

Quellen:

- [1] Merten Welsch (2020), BBSR-Online-Publikation Nr. 17/2020 Umweltfußabdruck von Gebäuden in Deutschland, PDF: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2020/bbsr-online-17-2020-dl.pdf> (zuletzt geöffnet 02.2025)
- [2] Monatsbericht BMWK 09 2018: Ressourcenschonendes Bauen, PDF: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2018/09/kapitel-1-4-ressourcenschonendes-bauen.html> (zuletzt geöffnet 02.2025)
- [3] Statistisches Bundesamt (2024), Abfallwirtschaft, Kurzübersicht Abfallbilanz: PDF <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Umwelt/Abfallwirtschaft/Tabellen/abfallbilanz-kurzuebersicht-2022.html?view=main> (zuletzt geöffnet 02.2025)
- [4] Expertenrat für Klimafragen (2025), Zweijähriges Gutachten 2024, PDF https://bscw.bund.de/pub/bscw.cgi/d317088692/ERK2025_Zweijahresgutachten-2024.pdf
- [5] Daniel Fuhrhop (2023), Der unsichtbare Wohnraum, Bielefeld, transcript Verlag, ISBN: 978-38394-6900-2 <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6900-8/der-unsichtbare-wohnraum/?number=978-3-8394-6900-2> (zuletzt geöffnet 02.2025)
- [6] Katja Purr, Jens Günther, Harry Lehmann und Philip Nuss (2019), Umweltbundesamt: Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität Climate Change 36/2019, PDF <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/szenarien-konzepte-fuer-die-klimaschutz/rescue-wege-in-eine-ressourcenschonende#hintergrund> (zuletzt geöffnet 02.2025)
- [7] Alexander Stumm, Abrissmoratorium, Webseite: <https://abrisssmoratorium.de> (zuletzt geöffnet 02.2025)
- [8] Inga Glander (2022), Bundesstiftung Baukultur: Baukultur Bericht Neue Umbaukultur 2022/23, ISBN 978-3-9822240-1-5, PDF: https://www.bundesstiftung-baukultur.de/fileadmin/files/BKB-22/BBK_BKB-22-23.pdf
- [9] Technische Universität München, Einfach Bauen, Webseite: <https://www.einfach-bauen.net> (zuletzt geöffnet 02.2025)
- [10] Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, Gebäudetyp-e, PDF: https://www.stmb.bayern.de/buw/bauthemen/gebaeudetyp_e/index.php (zuletzt geöffnet 02.2025)
- [11] Elisabeth Endres (2017), TU München, Parameterstudie Low-Tech Bürogebäude; https://www.arc.ed.tum.de/fileadmin/w00cgv/klima/Publikationen/Berichte/Schlussbericht_LowTech_Buerogebaeude.pdf (zuletzt geöffnet 02.2025)
- [12] Hausladen, Auer, Sahner, Franger-Huhle (2014) e% - Energieeffizienter Wohnungsbau, Abschlussbericht (PDF) https://www.arc.ed.tum.de/fileadmin/w00cgv/klima/Publikationen/Berichte/Endbericht_e_.pdf (zuletzt geöffnet 02.2025)
- [13] Klinge, Roswag-Klinge, Gericke (2023), Konferenzbeitrag 27. Internationales Holzbau-Forum 2023: LowTech und kreislaufgerecht – Holzbauquartiere und ihre ökologischen Folgewirkungen https://events.forum-holzbau.com/IHF/pdf/IHF_programm_DE.pdf (zuletzt geöffnet 02.2025)

Offener Brief zur Bundestagswahl 2025

10 Forderungen für die soziale und ökologische Bauwende

Weitere Quellen:

<https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/4001844>

<https://www.muenchner-wohnen.de/bauen/modellprojekte/klimaquartier-ramersdorf>

https://www.stmb.bayern.de/buw/bauthemen/gebaeudetyp_e/index.php

https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/W/wohnen/Downloads/regelstandard_erleichtertes-Bauen.pdf?__blob=publicationFile&v=2

<https://www.bezahlbarbauen.hamburg/>

[https://www.bmwbsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/publikationen/wohnen/bu-
endnis-bezahlbares-wohnen-baukostensenkungskommission.html](https://www.bmwbsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/publikationen/wohnen/bu-
endnis-bezahlbares-wohnen-baukostensenkungskommission.html)

Zelger, T., Lipp, B. (2023): Weniger starre Grenzen im thermischen Komfort. mehr Klimaschutz und Zufriedenheit. In: IBO – Österreichisches Institut für Baubiologie und -ökologie (Hg.): BauZ! Wiener Kongress für zukunftsfähiges Bauen. Wien, S. 9–13.

Die Unterzeichner*innen:

Peter Apel	Hochschule Anhalt
Thomas Auer	TU München
Alexandra Bach	Uni Hannover
Markus Bader	UdK Berlin
Dirk Bayer	RPTU Rheinland-Pfälzische Technische Universität
Eva Baldauf	KIT Karlsruhe
Matthias Ballestrem	TU Dortmund
Martina Baum	Uni Stuttgart
Verena von Beckerath	Bauhaus-Universität Weimar
Willem-Jan Beeren	Alanus Hochschule
Laurens Bekemans	RWTH Aachen
Daniel Berger	HS Trier
Giovanni Betti	UdK Berlin
Elke Beyer	HS Anhalt, Dessau
Markus Binder	HfT Stuttgart
Stephan Birk	TU München
Sophie Blochwitz	TU Berlin
Daniel Blum	MSA Münster
Ignacio Borrego	TU Berlin
Benedikt Boucsein	TU München
Verena Brehm	Uni Kassel
Elena Boerman	KIT Karlsruhe
Elisabeth Broermann	TU Berlin
Ammon Budde	TU Berlin
Anette Busse	KIT Karlsruhe
Verena Butt	MSA Münster



Offener Brief zur Bundestagswahl 2025

10 Forderungen für die soziale und ökologische Bauwende

Heike Büttner	Bauhaus-Universität Weimar
Valerio Calavetta	KIT Karlsruhe
Laura Calbet	Uni Stuttgart
Jan Cremers	HFT Stuttgart
Adria Daraban	RPTU Kaiserslautern
Philipp Dechow	HfT Stuttgart
Arno Denk	TU München
Hans-Liudger Dienel	TU Berlin
Felix Dick	BTU Cottbus
Ralf Dietz	FH Dortmund
Susan Draeger	BTU Cottbus
Ulrich Eckey	FH Aachen
Elisabeth Endres	TU Braunschweig
Jan Engelke	TU München
Iris-Susan Fäth	HS Mainz
Véronique Faucheur	UdK Berlin
Katharina Feldhusen	HS Bochum
Isabel Maria Finkenberger	FH Aachen
Leonie Fischer	Uni Stuttgart
Ole W. Fischer	ABK Stuttgart
Moritz Fleischmann	Hochschule Düsseldorf / Peter Behrens School of Arts
Matthias Frese	KIT Karlsruhe
Jürgen Frick	Uni Stuttgart
Sarah Friedel	TU Berlin
Christoph Gengnagel	UdK Berlin
Susanne Gerstberger	KIT Karlsruhe
Frauke Gerstenberg	Kunsthochschule Kiel
Annette Gerteiser	KIT Karlsruhe
Isabel Glogar	TU München
Bettina Götz	UdK Berlin
Jürgen Graf	RPTU Kaiserslautern
Christoph Grafe	Bergische Universität Wuppertal
Tamara Granda Ojeda	BTU Cottbus
Nanni Grau	TU Berlin
Matthias Haber	Berliner Hochschule für Technik BHT
Lisa Häberle	KIT Karlsruhe
Anke Hagemann	TU Berlin
Bettina Hamann	TU Berlin
Miriam Hamel	Alanus Hochschule
Heike Hanada	TU Dortmund
Lilli Hanada	TU Dortmund
Anne Hangebruch	TU Dortmund
Maximilian Hartinger	TU Berlin
Christian Hartz	TU Dortmund

Offener Brief zur Bundestagswahl 2025

10 Forderungen für die soziale und ökologische Bauwende

Michael Haverland	Hochschule Coburg
Dirk Hebel	KIT Karlsruhe
Gabu Heindl	Uni Kassel
Manfred Helmus	Uni Wuppertal
Moritz Henes	TU Berlin
Arne Herbote	TU Braunschweig
Peter Herrle	TU Berlin
Linda Hildebrand	RWTH Aachen
Annette Hillebrandt	Uni Wuppertal
Fabienne Hoelzel	ABK Stuttgart
Gerrit Höfker	HS Bochum
Alexander Hollberg	Chalmers University of Technology, Göteborg
Fabian Hörmann	HfT Stuttgart/Uni Liechtenstein
Lukas Horstmann	Hochschule Düsseldorf / Peter Behrens School of Arts
Maria Hudl	TU Berlin
Katja Indorf	Uni Wuppertal
Alexander Jachnow	NUST Windhoek
Katja Jakesch	TU München
Sina Jansen	TU Berlin
Peter Jehle	TU Dresden i.R.
Anett-Maud Joppien	TU Darmstadt
Daniel Jost	Uni Stuttgart
Tina Kammer	IU Internationale Hochschule
Jan Kampshoff	Hochschule Düsseldorf / Peter Behrens School of Arts
Christine Kappei	HfT Stuttgart
Katharina Kasinger	HS Mainz
Larissa Kaul	KIT Karlsruhe
Leonard Kaupp	TU Berlin
Carsten Keller	Uni Kassel
Julien Kiefer	TU Berlin
Erhard An-He Kinzelbach	Hochschule Bochum
Knut Klaußen	HfBK Dresden
Birthe Klebow	HAWK Hildesheim
Volker Kleinekort	Hochschule Wiesbaden
Andrea Klinge	KIT Karlsruhe
Friederike Kluge	Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW
Heike Klussmann	Uni Kassel
Ragnhild Klußmann	Alanus Hochschule
Ulrich Knaack	TU Darmstadt
Florian Koch	HTW Berlin
Bernd Kochendörfer	TU Berlin
Stine Kolbert	FH Aachen
Daniela Konrad	HS Bremen
Michael Kraus	TU Darmstadt

Offener Brief zur Bundestagswahl 2025

10 Forderungen für die soziale und ökologische Bauwende

Stefan Krötsch	HTWG Konstanz
Johannes Kuehn	Uni Weimar
Michael LaFond	TU Berlin
Riccardo La Magna	KIT Karlsruhe
Sigrun Langner	Bauhaus-Universität Weimar
Uta Leconte	TU Braunschweig
Antonia Leicht	BTU Cottbus
Astrid Ley	Uni Stuttgart
Julian Lienhard	Uni Kassel
Lena Löhnert	TU Berlin
Werner Lorenz	BTU Cottbus
Ines Lüder	HAWK Hildesheim
Jens Ludloff	Uni Stuttgart
Michael Maas	HS Bochum
Anna Marchenko	Alanus Hochschule
Heike Matcha	FH Aachen
Jan Mehnert	FH Dortmund
Muriel Merkel	BTU Cottbus
Alexander Michalski	HTWG Konstanz
Manuel Michalski	KIT Karlsruhe
Philipp Misselwitz	TU Berlin
Anika Möcker	HS Mittweida
Julian Mönig	TU Berlin
Meinrad Morger	KIT Karlsruhe
Christina Müller	KIT Karlsruhe
Kerstin Müller	KIT Karlsruhe
Dennis Mueller	Hochschule Düsseldorf / Peter Behrens School of Arts
Stefan Müller	Humboldt-Universität Berlin
Eike Musall	Hochschule Düsseldorf / Peter Behrens School of Arts
Adrian Naegel	TU Berlin
Florian Nagler	TU München
Lisa Neubert	TU Braunschweig / FH Dortmund
Matthias Noell	UdK Berlin
Hanna Noller	TU Braunschweig
Nils Nolting	HAWK Hildesheim
Christoph Nytsch-Geusen	UdK Berlin
Anja Ohliger	HS Coburg
Johannes Orphal	KIT Karlsruhe
Oda Pälme	TU Kaiserslautern
Norbert Palz	UdK Berlin
Nina Pawlicki	TU Berlin
Muck Petzet	USI-ARC Mendrisio
Achim Pfeiffer	HS Bochum
Stephan Pinkau	HS Anhalt

Offener Brief zur Bundestagswahl 2025

10 Forderungen für die soziale und ökologische Bauwende

Susanne Priebes	Hochschule Düsseldorf / Peter Behrens School of Arts
Michael Prytula	FH Potsdam
Alexandra Ranner	UdK Berlin
Sophie Reiner	HfT Stuttgart
Judith Reitz	Hochschule Düsseldorf / Peter Behrens School of Arts
Renée Tribble	TU Dortmund
Petra Riegler-Floors	HS Trier
Anja Rosen	FH Münster/ MSA
Eike Roswag-Klinge	TU Berlin
Christiane Salge	TU Darmstadt
Andrea Salgert	Fachhochschule Dortmund
Amandus Samsøe Sattler	IU Internationale Hochschule Berlin
Patrick Sandner	Uni Stuttgart
Daniele Santucci	RWTH Aachen
Carsten Schade	TU München
Thomas Georg Schaplik	Hochschule Düsseldorf / Peter Behrens School of Arts
Selina Schlez	TU Berlin
Eike Schling	Uni Hannover
Cornelius Schlotthauer	FH Aachen
Barbara Schmidt	weißensee kunsthochschule berlin
Christoph Schmitt	RWTH Aachen
Falk Schneemann	KIT Karlsruhe
Daniela Schneider	KIT Karlsruhe
Lisa Schneider	KIT Karlsruhe
Tatjana Schneider	TU Braunschweig
Barbara Schöning	Uni Weimar
Thekla Schultz-Brize	TU Berlin
Sandra Schuster	TU München
Joachim Schultz-Granberg	FH Münster/ MSA
Gernot Schulz	HS Bochum
Sielke Schwager	FH Münster/ MSA
Lea Schymura	Hochschule Düsseldorf / Peter Behrens School of Arts
Annika Seifert	Uni Stuttgart
Anja Sethi-Rinkes	TH Rosenheim
Margit Sichrovsky	HfT Stuttgart
Stefan Simon	Rathgen-Forschungslabor Berlin/ TUBerlin
Christina Simon-Philipp	HfT Stuttgart
Peter Spitzley	RPTU Rheinland-Pfälzische Technische Universität
Andreas Stadlmayr	RPTU Rheinland-Pfälzische Technische Universität
Philip Stalbohm	BTU Cottbus
Carolin Stapenhorst	FH Aachen
Anna Steigemann	Uni Regensburg
Natascha Steiner	KIT Karlsruhe
Antje Stokman	HCU Hamburg

Offener Brief zur Bundestagswahl 2025

10 Forderungen für die soziale und ökologische Bauwende

Jörg Stollmann	TU Berlin
Christian Stoy	Uni Stuttgart
Marieke Stritzke	TU München
Katharina von Stuckrad	BTU Cottbus
Alexander Stumm	Uni Kassel
Miriam Stümpfl	HfT Stuttgart
Angèle Tersluisen	RPTU Kaiserslautern
Oliver Tessmann	TU Darmstadt
Angelina Thierer	TU Berlin
Tine Teiml	BTU Cottbus
Mario Tvrtković	HS Coburg
Andrea Uhrig	HS Koblenz
Elena Valter	TU Braunschweig
Antoine Vialle	TU Berlin
Wolfgang Wackerl	Alanus Hochschule
Felix Waechter	TU Darmstadt
Andreas Wagner	KIT Karlsruhe
Holger Wallbaum	Chalmers University of Technology, Göteborg
Tobias Wallisser	ABK Stuttgart
Andrea Wandel	HS Trier
Janosch Weber	KIT Karlsruhe
Kristin Wellner	TU Berlin
Stefan Werrer	FH Aachen
Martina Wiedleröither	FH Hannover
Christian von Wissel	HS Bremen, School of Architecture Bremen
Marlène Witry	HfT Stuttgart
Jörg Wollenweber	FH Aachen
Thomas Wortmann	Universität Stuttgart
Reinhold Wuttke	TH Lübeck
Wolfgang Zeh	Hochschule Düsseldorf / Peter Behrens School of Arts
Ralf Zeitler	HS Koblenz
Regina Zeitner	HTW Berlin
Martin Zerwas	FH Aachen
Till Zihlmann	TU Braunschweig
Daniela Zupan	Uni Weimar